

EU-Wettbewerbsregeln, Binnenmarkt und 60 Jahre Römische Verträge – Herausforderungen in einer Welt im Wandel

Einführende Bemerkungen auf der Arbeitssitzung der Studienvereinigung Kartellrecht am 21. Februar 2017 in Brüssel

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, lieber Herr Dr. Montag,

sehr geehrte Damen und Herren,

es ist mir eine Ehre und eine Freude, zum Auftakt Ihrer diesjährigen Brüsseler Tagung zu sprechen.

Vielen Dank für diese Einladung!

Ihr heutiges Programm geht in die Details des EU-Wettbewerbsrechts. Darf ich Ihrem Schürfen in der Tiefe unseres gemeinsamen Interesses einige grundsätzlichere Überlegungen voranstellen? Was mich dazu motiviert, ist die Tatsache, dass sich in wenigen Wochen zum sechzigsten Mal jährt, dass die Römischen Verträge am 25. März 1957 unterzeichnet wurden. Mit Artikel 85 ff. EWGV (in der damaligen Zählweise) enthalten die Römischen Verträge die grundlegenden Wettbewerbsregeln der EU, die als 101 ff. AEUV bis heute gültig sind. Das scheint mir ein angemessener Anlass zu sein, am Beispiel aktueller Herausforderungen, die die EU-Wettbewerbspraxis in diesem Jahr beschäftigen, auf Sinn und Zweck dieser Regeln einzugehen und ihre Aktualität beispielhaft zu belegen.

Ziel der europäischen Integration ist es, den Frieden, die Werte der Europäischen Union und das Wohlergehen ihrer Völker zu fördern (siehe heute Artikel 3 Absatz 1 EUV). Dazu errichtet die EU u.a. einen Binnenmarkt und wirkt auf eine in hohem Masse wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft hin (Artikel 3 Absatz 3 EUV). Dementsprechend besitzt sie die ausschließliche Zuständigkeit für die Festlegung der für das Funktionieren des Binnenmarktes erforderlichen Wettbewerbsregeln (Art. 3 Absatz 1 Buchstabe b) AEUV).

Der Kern dieser Wettbewerbsregeln findet sich in Art. 101 ff. AEUV. Ohne das Ziel der Schaffung eines Binnenmarktes hätte es die EU-Wettbewerbsregeln nicht gegeben. Deshalb möchte ich heute besonders auf den Beitrag der Wettbewerbsregeln zum fortdauernden Auf- und Ausbau des Binnenmarktes eingehen. Das ist natürlich ein viel zu umfangreiches Thema, als dass ich es in der nächsten halben Stunde umfassend abhandeln kann. Es bildet natürlich auch nur einen Aspekt der EU-Wettbewerbspolitik ab. Aber einige Akzente gerade zu diesem Aspekt an diesem Anlass erscheinen mir gerechtfertigt.

Auf dieser Grundlage möchte ich dann einige Bemerkungen zur Rolle der Wettbewerbspolitik und der Wettbewerbsrechtsdurchsetzung zum jetzigen Moment der europäischen Integration anschließen.

Artikel 101 AEUV: Vertikale Wettbewerbsbeschränkungen und Binnenmarktbezug der EU-Wettbewerbsregeln

Lassen Sie mich mit Artikel 101 AEUV und hier insbesondere vertikalen Wettbewerbsbeschränkungen beginnen.

Gut ein Jahrzehnt nach der umfassenden Modernisierung der Umsetzung und Durchführung des EU-Kartellrechts durch die Schaffung der Verordnung 1/2003 hat die Europäische Kommission wieder verstärkt vertikale Wettbewerbsbeschränkungen in den Blick genommen.

Fallbeispiele sind die schon länger laufenden Verfahren im Bereich PayTV und bezüglich sogenannter Meistbegünstigungsklauseln wie der Fall Amazon/E-Books, bei dem gerade der Markttest hinsichtlich EU-weiter Verpflichtungszusagen läuft, wie auch die soeben eröffneten Untersuchungen in den Bereichen Unterhaltungselektronik, Videospiele und Reisebuchungen.

Seit 2015 führen wir die umfassende Sektoruntersuchung zum elektronischen Handel durch, deren Abschlussbericht im Frühjahr vorliegen wird.

Diese Verfahren stehen in einer langen Tradition. Die Entscheidungspraxis der Kommission wie auch des Europäischen Gerichtshofes – von Consten & Grundig (1966) über Commercial Solvents (1974) bis Hoffmann-La Roche (1979) – hat immer wieder unterstrichen, dass die EU-Wettbewerbsregeln den Zweck verfolgen, eine Aufspaltung des Binnenmarktes durch wettbewerbsbeschränkende Absprachen zwischen Unternehmen zu verhindern. Da das nicht nur durch horizontale Beschränkungen wie klassische Kartelle zu besorgen ist, sind davon auch vertikale Absprachen, etwa zwischen Herstellern und Vertragshändlern, erfasst.

Zwischenzeitlich ist dieser Binnenmarktbezug des EU-Wettbewerbsrechtes – der sich auch in den sog. Parallelhandelsfällen manifestiert – insbesondere von manchen Ökonomen in Zweifel gezogen worden. Es gehe bei Wettbewerbsrecht allein um ökonomische Effizienz, weswegen seine Indienstnahme für ein „politisches“ Ziel wie die Verwirklichung des Binnenmarktes wesensfremd sei.

Ich glaube, dass diese Kritik von einem Missverständnis ausgeht und einen Gegensatz konstruiert, der nicht begründet ist. Niemand wird behaupten, dass Handelsschranken entlang nationaler Grenzen ein Ausdruck ökonomischer Effizienz sind. In einem System souveräner Nationalstaaten ziehen staatliche Grenzen der Geltung und der Wirkung von Wettbewerbsregeln völkerrechtliche Schranken. Wenn souveräne Staaten gemeinsam beschließen, diese Grenzen abzubauen, liegt es m. E. geradezu im Wesen des Wettbewerbsrechtes zu verhindern, dass diese Grenzen durch private Akteure künstlich aufrechterhalten werden.

Dabei sind wir seit 1957 weit vorangekommen. Aber der Befund, der die Kommission zur Eröffnung der Sektoruntersuchung zum elektronischen Handel veranlasst hat, zeigt deutlich, dass der Weg noch nicht zu Ende gegangen ist. Über 50 % aller europäischen Bürgerinnen und Bürger kaufen regelmäßig über das Internet ein. Aber nur etwa 15 % tun das grenzüberschreitend.

Natürlich ist das nicht allein auf wettbewerbsbeschränkende Praktiken von Unternehmen zurückzuführen. Die bereits vorliegenden Zwischenergebnisse der Sektoruntersuchung belegen aber, dass wettbewerbsbeschränkende Praktiken durchaus eine Rolle dabei spielen, dass das Potential des Binnenmarktes für Handel, Wachstum und Beschäftigung nicht völlig und nicht genügend ausgeschöpft wird. Was wir heute im Internet erleben, weist in vielerlei Hinsicht Parallelen zu dem auf, was die Kommission vor Jahrzehnten zum Tätigwerden unter den damaligen Verhältnissen von Technologien und Märkten veranlasst hat. Die laufende Arbeit belegt, dass die Wettbewerbsregeln in dieser Hinsicht nichts von ihrer Aktualität eingebüßt haben – und ein wichtiges Mittel sind und

bleiben, den europäischen Verbraucherinnen und Verbrauchern alle Vorteile des Binnenmarktes zu eröffnen.

Artikel 102: Das Verbot des Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung und dessen Binnenmarktbezug

Dieser Binnenmarktbezug der EU-Wettbewerbsregeln kann sich auch in Fällen der Untersuchung eines möglichen Missbrauchs einer marktbeherrschenden Stellung manifestieren.

In dem Verfahren, das die Kommission gegenüber Gazprom führt, geht es etwa darum, ob das Unternehmen durch die Verwendung von Bestimmungsortklauseln und anderer Praktiken eine Aufteilung des Binnenmarktes entlang nationaler Grenzen in Mitgliedstaaten der EU in Mittel- und Osteuropa herbeigeführt hat – und Preisgestaltungsmechanismen verwendet, die zu einer Ausbeutung der Gaskunden in diesen Mitgliedstaaten der Union führen.

Auch ein Verfahren wie dieses baut auf die frühere Anwendung des Artikels 102 AEUV durch Kommission und Gerichtshof auf, etwa United Brands (1978). Auch hier zeigt es sich, dass der Binnenmarkt seit 1957 weit vorangekommen ist.

Aber über den Güterbinnenmarkt hinaus gibt es eben doch noch eine ganze Reihe von Ausprägungen des Binnenmarktes – wie hier der Energiebinnenmarkt –, in dem weitere Aufmerksamkeit geboten ist, damit das Prinzip des unverfälschten Wettbewerbs im Binnenmarkt vollumfänglichen „effet utile“ gegenüber künstlichen Handelsschranken entfalten kann. Deshalb steht ein Fall wie Gazprom in der Praxis der Kommission nach wie vor ganz selbstverständlich neben anderen Fallgestaltungen im Bereich des Missbrauchs marktbeherrschender Stellungen, die in den letzten Jahren und Jahrzehnten nicht nur die Kommission und die EU-Rechtsprechung, sondern in unterschiedlichen Ausprägungen die Praxis und die Diskussion weltweit beherrscht haben.

Und unsere andauernden und von den Medien umfassend verfolgten Untersuchungen bezüglich Google beziehen sich ebenfalls auf eine Ausprägung des Binnenmarktes – in diesem Fall den digitalen Binnenmarkt, eine der Prioritäten der Juncker-Kommission. Wie Sie wissen, nehmen wir drei verschiedene Geschäftspraktiken von Google unter die Lupe, hinsichtlich der Suche im Internet, hinsichtlich der Werbung im Zusammenhang mit Internetsuche und hinsichtlich des beliebten Betriebssystems Android für Mobilgeräte. Worum es im Kern bei allen drei Untersuchungen geht, hat Kommissarin Vestager auf den Punkt gebracht: auch wenn ein Unternehmen uns alle mit einer Vielzahl innovativer Produkte und Dienste bereichert, gibt das einem Unternehmen nicht das Recht, anderen Unternehmen die Chance auf Wettbewerb und Innovation zu verweigern. Sofern sich in dieser Hinsicht Bedenken ergeben, müssen wir diesen nachgehen.

Fusionskontrolle: Vorbeugung der erheblichen Behinderung des wirksamen Wettbewerbs im Binnenmarkt oder einem wesentlichen Teil desselben

In der Fusionskontrolle erleben wir nach dem Einbruch in den Jahren der akuten Finanz- und Wirtschaftskrise derzeit eine veritable Fusionswelle. 2016 war das Jahr mit der zweithöchsten Zahl an Anmeldungen seit Inkrafttreten der Fusionskontrollverordnung - 360. In diesen Tagen ist die Kommission mit der ungewöhnlichen Konstellation konfrontiert, parallel vier „Phase-2-Verfahren“ bearbeiten zu müssen. Nach wie vor ist die ganz überwiegende Zahl der Anmeldungen

fusionskontrollrechtlich unproblematisch – aber die Zahl der grossen und komplexen Transaktionen steigt.

In der öffentlichen Debatte über die EU-Fusionskontrolle verschränken sich dabei mehrere Diskussionsstränge. Nach wie vor wird diskutiert, ob Wettbewerbsbehörden die Interventionsschwelle zu niedrig ansetzen, gegen wettbewerbsfördernde Fusionen einschreiten und volkswirtschaftlich sinnvolle Effizienzen zunichtemachen. Demgegenüber steht eine steigende Besorgnis, dass Megafusionen zu einem Maß an Konzentration führen, das nicht nur die Verbraucherwohlfahrt durch höhere Preise, niedrigere Auswahl und weniger Innovationen schädigt – sondern darüber hinaus wachsende Umverteilungseffekte von unten nach oben befördert. Speziell in der europäischen Debatte wird in diesem Zusammenhang immer wieder die Frage aufgeworfen, ob die EU-Fusionskontrolle der Entwicklung „europäischer Champions“ im Wege stünde – insbesondere in den Fällen, in denen die Kommission aufgrund fortbestehender Unvollkommenheiten im Binnenmarkt bei der Marktdefinition von nationalen Märkten statt von einem europäischen Markt oder gar einem Weltmarkt ausgehen muss (etwa, aber nicht nur, in Fällen des Zusammenschlusses von Telekommunikationsunternehmen).

Ich möchte hierzu heute nur sagen, dass eine Fusionskontrolle „lege artis“ keineswegs dazu führt, die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen in globalen Märkten zu beschädigen. Im Gegenteil – in den Fallkonstellationen, in denen der relevante geographische Markt national ist, verhindert sie vielmehr, dass durch Konsolidierungen, die eine erhebliche Behinderung des wirksamen Wettbewerbs in einem wesentlichen Teil des Binnenmarktes darstellen, ein doppelter Schaden eintritt: für die Verbraucherwohlfahrt jedenfalls in diesem Teil des Binnenmarktes – und durch die mit solchen Behinderungen des Wettbewerbs verbundenen Fragmentierungen für den Binnenmarkt insgesamt.

Ein instruktives Beispiel dafür sind die beiden Mobilfunkfusionsentscheidungen des Jahres 2016. Aufgrund der besonderen Verhältnisse im britischen Mobilfunkmarkt und dem Fehlen einer effektiven Abhilfemaßnahme musste die Kommission die innerbritische Fusion zwischen Three und O2 untersagen. Demgegenüber konnte sie die inneritalienische Konzentration zwischen Hutchison 3G Italy und WIND genehmigen, weil mit dem Markteintritt eines anderen Unternehmens – des französischen Unternehmens Iliad – eine effektive Abhilfemaßnahme vorlag. Es zeigt sich, dass auch im Bereich der Fusionskontrolle die Binnenmarktperspektive Chancen eröffnet und nicht etwa verschließt: es ist die Nutzung des Binnenmarktes, die Wettbewerbsfähigkeit und Verbraucherwohlfahrt in einer globalen Wirtschaft miteinander versöhnen kann.

Ich könnte die Liste der Beispiele für die fortdauernde Aktualität der Wettbewerbsregeln der Römischen Verträge im Binnenmarkt fortsetzen – die Beihilferegeln etwa habe ich überhaupt nicht angesprochen. Aber wir sind ja auch bei der Studienvereinigung Kartellrecht. Lassen Sie mich deshalb an dieser Stelle zur Rolle der Wettbewerbspolitik und der Wettbewerbsrechtsdurchsetzung im derzeitigen Moment der europäischen Integration kommen.

Die Rolle der Wettbewerbspolitik und Wettbewerbsrechtsdurchsetzung im derzeitigen Moment der europäischen Integration

Dass wir gerade einen besonders herausfordernden Moment der europäischen Integration erleben, ist eine Binsenweisheit. Der Herbst des letzten Jahres sollte aber auch unser Gespür dafür geschärft

haben, dass diese Herausforderungen, die sich nachhaltig auf die EU auswirken, weder ihre ausschließliche Ursache in der EU finden noch wirklich EU-spezifisch sind. Wir haben sie mit Nationalstaaten in- und außerhalb der EU gemeinsam. Überall ist zu spüren, dass gesellschaftliche, politische und ökonomische Veränderungen, die sich durch die technologische Entwicklung überall beschleunigen und weltweit vernetzen, zu großer Verunsicherung führen. Selbst ein Bill Gates hat jetzt vorgeschlagen, Wertschöpfung durch Maschinen oder Roboter in gleicher Weise wie Wertschöpfung durch menschliche Arbeit zu besteuern.

Diese Verunsicherung – ein Gefühl des Verlustes an Sicherheiten und Kontrollmöglichkeiten – hat sich durch einen Vertrauensverlust verschärft, dessen vielleicht wichtigste Ursache in der Finanz- und Wirtschaftskrise des vergangenen Jahrzehntes liegt. Die jüngsten Wachstumszahlen, etwa die Winterprognose der Kommission, weisen darauf hin, dass ihre ökonomischen Folgen zunehmend bewältigt werden. Das schlägt sich aber noch nicht in einem entsprechenden Zuwachs an Vertrauen in politische Systeme und wirtschaftliche Steuerungsmechanismen nieder. Laut einer neueren Studie der OECD haben nur noch 40 % der Bürgerinnen und Bürger der OECD-Mitgliedstaaten Vertrauen in ihre Regierungen.

Demgegenüber stellt das Jubiläum der Römischen Verträge eine Gelegenheit dar, dem Misstrauen und der Angst, die sich vielerorts breit machen, eine Perspektive der Zuversicht entgegenzusetzen.

Nicht nur, weil die Bilanz dessen, was in 60 Jahren auf der Grundlage dieser Verträge und ihrer Weiterentwicklungen erreicht worden ist, beeindruckend ist. Frieden, Freiheit, Wohlstand – nichts von dem, was wir heute genießen, ist selbstverständlich. Natürlich ist die europäische Bilanz nicht makellos. Aber ein counterfactual zu 60 Jahren Binnenmarktentwicklung und allen davon ausgehenden und verbundenen Integrationsschritten gibt keinen Anlass zur Annahme, dass die Staaten Europas in einer globalen Weltwirtschaft ohne die EU besser dastünden als mit ihr.

Sondern auch, weil die Verträge, wie sie in Rom unterzeichnet und seitdem weiterentwickelt worden sind, zusammen mit den auf dieser Rechtsgrundlage erarbeiteten Instrumenten die Mittel zur Verfügung stellen, um die angesprochenen Herausforderungen anzugehen.

Ich muss hier noch einmal den Binnenmarkt ansprechen. Ein vollendeter Binnenmarkt in allen seinen Ausprägungen ist Europas größte Chance für Wachstum, Beschäftigung und Verbraucherwohlfahrt. Allein die Vollendung des digitalen Binnenmarktes, so die Schätzung der Kommission, brächte Wachstumseffekte in Höhe von 415 Milliarden Euro jährlich und Beschäftigungseffekte von mehreren Hunderttausend Arbeitsplätzen. Dass dem Wettbewerbsrecht hier eine wichtige Rolle zukommt, habe ich hoffentlich belegt.

Als Wettbewerbsbehörde ist die Kommission neutraler Garant von Recht und Gesetz. Sie untersucht jeden Einzelfall nach den jeweils einschlägigen rechtlichen Regeln und ökonomischen Kriterien. Aber wie jede Behörde verfügt die Kommission über endliche Mittel. Deswegen muss und kann sie Prioritäten setzen – Prioritäten, die zugleich die allgemeine Strategie der Kommission unterstützen.

So verfügt die Kommission im Kartellrecht über ein Aufgreifermessen. Sie kann entscheiden, welche Fälle sie selbst aufgreift und welche Fälle den nationalen Wettbewerbsbehörden überlassen bleiben. Die Zusammenarbeit zwischen der Kommission und den nationalen Wettbewerbsbehörden hat sich seit dem Inkrafttreten der Verordnung 1/2003 quantitativ und qualitativ hervorragend entwickelt.

Dass auf dieser Grundlage auch ein konvergenter Umgang mit Fallgestaltungen möglich ist, die in einzelnen Mitgliedstaaten zunächst unterschiedlich bewertet wurden, hat zuletzt die Tagung des Europäischen Wettbewerbsnetzwerkes zu den sog. Hotelbuchungsfällen vom letzten Freitag gezeigt.

Die Ausübung dieses Aufgreifermessens spiegelt natürlich auch die von der Kommission fachübergreifend identifizierten Prioritäten wieder. Die zehn Prioritäten der Juncker-Kommission stellen für die europäische Wirtschaft und Gesellschaft zentrale Herausforderungen dar.

Kommissarin Vestager wird nicht müde, die Arbeit der Generaldirektion Wettbewerb an drei Parametern auszurichten: Relevanz, Qualität und Geschwindigkeit. In der Ausübung des Aufgreifermessens wie auch in der nachfolgenden Untersuchung müssen sich unsere Fälle an diesen Parametern messen lassen. Gelingt uns das, kann Wettbewerbspolitik und Wettbewerbsrechtsdurchsetzung einen ganz entscheidenden Beitrag zur Überwindung der augenblicklichen Krise und der augenblicklichen Krisenstimmung leisten. Sie kann nämlich das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger wiederherstellen und stärken, dass das Wirtschaftsgeschehen in einer globalisierten Welt nach Regeln abläuft, die jedenfalls in der EU mit der Ausrichtung der Wettbewerbspolitik am Maßstab der Verbraucherwohlfahrt unter konsequenter Durchsetzung des Binnenmarktpinzips nicht nur der Effizienz zugunsten weniger, sondern dem „Wohlstand für alle“ dienen, wie es Ludwig Erhard so treffend in seinem – übrigens im Februar 1957 erschienen – Buch gefordert hat. Nicht umsonst lautet der Titel der im darauf folgenden Jahr erschienenen englischsprachigen Übersetzung des Buches „Prosperity through Competition“.

Systemverantwortung

Damit der derzeitige Moment ein Moment der Diskussion im System über die Verbesserung des Systems bleibt – wie wir sie im Bereich der EU-Wettbewerbsregeln im Moment mit der Erarbeitung des ECN+-Projektes zur Verbesserung der Wettbewerbsrechtsdurchsetzung durch die nationalen Wettbewerbsbehörden oder die Evaluierung der Fusionskontrollverordnung führen – anstatt eine Diskussion über das System zu werden, sind freilich alle Beteiligten, alle „stakeholder“, gefordert. Wer die Systemfrage vermeiden will, muss bei aller Unterschiedlichkeit der Rollen und Aufgaben Systemverantwortung übernehmen.

Deswegen nehmen wir die Verfahrensgerechtigkeit sehr ernst. Frau Vestager hat die Forderungen, etwa im ECN+-Projekt die Verteidigungsrechte nicht unberücksichtigt zu lassen, mit großer Aufmerksamkeit gehört. Aber deshalb wird genauso ernsthaft geprüft, ob alle Beteiligten an Wettbewerbsverfahren ihren Pflichten nachkommen – wie etwa der Bereitstellung vollständiger und korrekter Auskünfte oder der Beachtung des Vollzugsverbots noch nicht genehmigter Zusammenschlüsse im Fusionskontrollverfahren. Das derzeitige Verfahren gegenüber Facebook hinsichtlich der Übernahme von WhatsApp, bei dem es um die Frage geht, ob irreführende Angaben dazu gemacht wurden, ob ein Abgleich der Benutzerkonten von Facebook mit denen von WhatsApp schon zum Prüfungszeitraum möglich und beabsichtigt war, macht das sehr deutlich.

Ich setze hier gerade auch auf die Systemverantwortung der hier versammelten Anwaltschaft. Die deutsche Bundesrechtsanwaltsordnung drückt sie in § 1 unübertroffen aus, nach dem Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte unabhängige Organe der Rechtspflege sind. In diesem Sinne können wir in ganz unterschiedlichen Rollen und Verantwortlichkeiten die Systemverantwortung gemeinsam ausüben.

Schlussbemerkung

Lassen Sie mich schließen.

Wer vor 60 Jahren, am 21. Februar 1957, als an Fragen der europäischen Integration interessierter Mensch die Aktualität verfolgt hat, konnte einen Auftritt des damaligen deutschen Außenministers Heinrich von Brentano vor der Bundespressekonferenz erleben, bei der dieser zum Abschluss der Verhandlungen über den EWGV und den EAGV Stellung nahm. Er sprach über die Grundlegung der Regeln für die Entstehung eines Wirtschaftsraums für 160 Millionen Menschen, für dessen Verwirklichung er in Übereinstimmung mit dem Verhandlungsergebnis einen Übergangszeitraum von etwa 12 Jahren prognostizierte. 5 mal 12 Jahre später leben wir in einem Wirtschafts-, einem Friedens- und einem Freiheitsraum von nahezu 500 Millionen Menschen. Er ist nicht vollendet, er befindet sich in ständigem Wandel und er ist in seinem Bestand nicht selbstverständlich.

Aber er ist und bleibt eine Chance – die Chance – für uns alle. Damit diese Chance Wirklichkeit bleibt und weiter Wirklichkeit wird, braucht es auch in Zukunft eine entschlossene und eine gewissenhafte Anwendung der EU-Wettbewerbsregeln.

Um noch einmal Ludwig Erhard zu bemühen: „Auf dem Wege des Wettbewerbs wird – im besten Sinne des Wortes – eine Sozialisierung des Fortschritts und des Gewinns bewirkt, dazu noch das persönliche Leistungsstreben wachgehalten.“

Die konsequente Durchsetzung der EU-Wettbewerbsregeln bürgt dafür, dass die Menschen das Wirtschaftsgeschehen als fair erleben: als Prozess geordneter, inklusiver Freiheit in ökonomischem Frieden. Es ist mir eine Ehre und eine Freude, weiter mit Ihnen an diesem Prozess mitwirken zu dürfen.